



## **Rechtsausschuss**

### **36. Sitzung (öffentlicher Teil)<sup>1</sup>**

24. September 2008

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 17:05 Uhr

Vorsitz: Dr. Robert Orth (FDP)

Protokoll: Claudia Tack, Heike Niemeyer

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

- |          |                                                                          |           |
|----------|--------------------------------------------------------------------------|-----------|
| <b>1</b> | <b>Prüfverfahren für die Gewährung von Vollzugslockerungen</b>           | <b>5</b>  |
|          | Vorlage 14/1783                                                          |           |
|          | Stellungnahmen 14/2098 und 14/2099                                       |           |
|          | – Expertengespräch -                                                     |           |
| <b>2</b> | <b>Vollzugskommission des Landtags Nordrhein-Westfalen</b>               | <b>28</b> |
|          | Vorlage 14/2089                                                          |           |
|          | - Bericht der Vorsitzenden der Vollzugskommission, Angela Freimuth (MdL) |           |

Auf Vorschlag von Frank Sichau (SPD) verständigt sich der Ausschuss darauf, den Punkt unter Einbeziehung dann auch des erst heute eingetroffenen schriftlichen Berichts in die Tagesordnung für die nächste Sitzung wieder aufzunehmen.

---

<sup>1</sup> TOP 13 s. nichtöffentlicher Teil nöAPr 14/154

**3 Verfahren vor dem Verfassungsgerichtshof Nordrhein-Westfalen 33**

**Verfassungsgerichtliches Verfahren wegen der Behauptung der Stadt Bielefeld und 18 weiterer Städte, die Kommunalisierung der Versorgungsverwaltung durch das Zweite Gesetz zur Straffung der Behördenstruktur in Nordrhein-Westfalen vom 30. Oktober 2007 (GV.NRW S. 481 ff.) verletze die Vorschriften der Landesverfassung über das Recht der gemeindlichen Selbstverwaltung**

VerfGH 19/08

Vorlage 14/2012

Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, keine Stellungnahme abzugeben.

**4 Verfahren vor dem Verfassungsgerichtshof Nordrhein-Westfalen 34**

**Verfassungsgerichtliches Verfahren wegen der Behauptung der Stadt Aachen und 20 weiterer Städte, das Gesetz zur Kommunalisierung von Aufgaben des Umweltrechts vom 11. Dezember 2007 (GV.NRW S. 662 ff) verletze die Vorschriften der Landesverfassung über das Recht der gemeindlichen Selbstverwaltung**

VerfGH 21/08

Vorlage 14/2018

Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, keine Stellungnahme abzugeben.

**5 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz 2009) 35**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 14/7000

Vorlage 14/2050 (Erläuterungsband)

- Einführungsbericht des Justizministeriums zum Haushaltsgesetz 2009, Einzelplan 04

- 6 Die Versorgung psychisch kranker Inhaftierter in den Justizvollzugsanstalten muss verbessert werden!** **45**
- Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/6685  
Ausschussprotokoll 14/704
- Der Ausschuss verständigt sich darauf, heute wegen der noch laufenden Beratungen des mitberatenden Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales und des erst kurzfristig zugegangenen Protokolls über die Anhörung nicht abzustimmen.
- 7 Gesetz zur Änderung des Zwölften Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung** **46**
- Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 14/7308
- Die Abstimmung erfolgt in Sollstärke. - Der Ausschuss billigt den Gesetzentwurf mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und Grünen bei Enthaltung der Fraktion der SPD.
- 8 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Gebührenbefreiung, Stundung und Erlass von Kosten im Bereich der Rechtspflege (Gerichtsgebührenbefreiungsgesetz - GerGebBefrG)** **47**
- Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 14/7055
- Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf einstimmig zu.
- 9 Das Beispiel LIDL zeigt: Verbesserung beim Datenschutz von Beschäftigten erforderlich** **48**
- Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/6522  
- abschließende Beratung und Abstimmung -

Der Ausschuss verständigt sich zunächst darauf, heute nicht abzustimmen.

Nach der Diskussion kommt der Ausschuss überein, auf ein Votum an den federführenden Ausschuss zu verzichten.

**10 Datenskandal: Keine „gläsernen Menschen“ - persönliche Daten besser schützen!** **52**

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/7339 - Neudruck

In Verbindung mit:

**Datenklau verhindern - Opfer schützen und Verbraucherschutz stärken**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/7356 - Neudruck

Da zu diesen Anträgen im federführenden Ausschuss eine Anhörung stattfinden soll, vertagt der Rechtsausschuss seine Beratung. An der Anhörung möchte der Ausschuss nachrichtlich beteiligt werden.

**11 Sperrung von Internetseiten zur Einschränkung des Zugriffs auf kinderpornografische Inhalte (Anlagen 1 und 2)** **53**

Vorlage 14/2080

Gegen den Vorschlag des Vorsitzenden, den Punkt dann, wenn von einer Fraktion gewünscht, wieder in die Tagesordnung aufzunehmen, erhebt sich kein Widerspruch.

**12 Vorzeitige Zurruesetzung im Bereich des Justizvollzugsdienstes (Anlage)** **55**

Vorlage 14/2081

**14 Verschiedenes** **56**

**7 Gesetz zur Änderung des Zwölften Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 14/7308

*(vom Plenum am 27. August 2008 zur alleinigen Beratung an den Rechtsausschuss überwiesen)*

**Thomas Kutschaty (SPD)** teilt mit, seine Fraktion werde sich bei der Abstimmung enthalten. Damals wie heute spreche sie sich zwar gegen eine Veränderung der örtlichen Zuständigkeiten aus und meine, eher sollte das Gericht zu den Betroffenen kommen als dass die Betroffenen lange Anreisewege zu den Gerichten in Kauf zu nehmen hätten, aber jetzt, für ein Jahr, noch einmal eine neue Zuständigkeitsregelung zu schaffen, erachte sie auch nicht als sinnvoll.

**Monika Düker (GRÜNE)** erkundigt sich nach dem Grund für die Befristung auf ein Jahr.

**RVG Martin Fleuß (JM)** berichtet:

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Das Gesetz ist nun schon seit zwei Jahren in Kraft und hat sich, wie auch aus der Drucksache ersichtlich, betreffend die Zahlen deutlich bewährt.

Unseres Erachtens wird die Konsolidierung noch ein weiteres Jahr erfordern; Ende 2009 werden dann alle Gerichte bei einer gleichen Belastungsstärke liegen.

Zudem wird bis zum Ende des nächsten Jahres auch ein Gleichklang mit den beiden Verwaltungsgerichten, nämlich Köln und Minden, zu erzielen sein, die von einer Verlagerung der vertriebenengerichtlichen Verfahren betroffen waren. Die diesbezügliche Regelung des § 1a AGVwGO läuft auch Ende 2009 aus.

Der Belastungsausgleich - so unsere Prognose - für alle Verwaltungsgerichte wird dann also ebenfalls abgeschlossen sein. Wir sind guter Hoffnung, dass dann sämtliche Gerichte auf einem etwa gleichen Niveau liegen werden.

Die Abstimmung erfolgt in Sollstärke. - Der Ausschuss billigt den Gesetzentwurf mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und Grünen bei Enthaltung der Fraktion der SPD.

